

MAI'16/NR. 2

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



› THEMA: BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN	3
› BUND: ZU DEN ABSTIMMUNGEN	6
› KANTON: AUS DEM KANTONSRAT	10

INHALT

Thema	
Grundeinkommen	3
Bund	
Milchkuhinitiative	6
Präimplantationsdiagnostik	7
Initiative «Pro Service Public»	7
Abstimmung Asylgesetzrevision	8
Junge Grüne	
Frisches von den Jungen Grünen	9
Kanton Luzern	
Aus dem Kantonsrat	10
Wechsel in der Fraktion	11
Gemeinden	
Kommunalwahlen	12
Stadt Luzern	
Abst. Mobilfunkantennen	13
Salle Modulable	14
Internes	
Wechsel im Sekretariat	15
Dies und das	
Palaver	16
Zum Tod von Gaby Müller	17
Agenda / Parolen	18

IMPRESSUM

Rundbrief 2/16
 Informationsbulletin der
 Grünen des Kantons Luzern
 Redaktion: Geschäftsleitung Grüne
 Druck: SWS Medien AG Print
 Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch
 erscheint 4x jährlich
 Auflage: 2400
 Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

EDITORIAL



Der 1. Mai war ein Freudentag. Die Grünen haben bei den Kommunalwahlen die Talsohle durchschritten und konnten in den meisten Gemeinden zulegen. Dieser Erfolg zeigt, dass die Grünen weiterhin eine wichtige politische Kraft sind. An dieser Stelle herzlichen Dank für den Einsatz und die Stimmen von allen.

Diese Stimmen werden am 5. Juni erneut benötigt. Dann finden allfällige zweite Wahlgänge für die Exekutiven statt. Daneben stehen fünf eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung. In diesem Rundbrief sind zu allen Texte mit den wichtigsten Argumenten und den Parolen zu finden. So wird dargelegt, warum die Milchkuh-Initiative für den öffentlichen Verkehr ein schwerer Schlag wäre, warum die Pro-Service-Public-Initiative mehr schadet als nützt, warum die Änderung des Asylgesetzes anzunehmen ist und wie gespalten wir Grüne beim Fortpflanzungsmedizingesetz sind. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen setzen wir uns etwas genauer auseinander: Was spricht für das Grundeinkommen? Welche Punkte gilt es kritisch zu beleuchten? Was hiesse das für unsere Gesellschaft?

Politisch gibt es immer viel zu tun. Jetzt sind wir bereits daran, die Kampagnen für die Abstimmungen im September aufzugleisen. Dann kommt voraussichtlich unsere nationale Initiative zur Grünen Wirtschaft an die Urne – und vielleicht zugleich auch die grüne Atomausstiegs-Initiative. Wir laden euch alle herzlich ein, euch mit uns zu engagieren und unseren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen! Meldet euch bei unserem teilerneuertem Seki-Team.

Eine spannende Lektüre & grüne Grüsse

Katharina Meile

SCHWERPUNKT: GRUNDEINKOMMEN

GRUNDEINKOMMEN: VISIONÄR ODER UTOPISCH?

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens kursiert seit einiger Zeit. Eine Gruppe von Intellektuellen und Künstlern trieb sie voran und lancierte im April 2012 eine entsprechende Volksinitiative, die sie im Oktober 2013 einreichte. Seitdem wird in der Schweiz sehr kontrovers über die Idee diskutiert – auch unter Grünen.

WAS VERLANGT DIE INITIATIVE?

Die Bundesverfassung soll einen neuen Artikel 110a erhalten, der verlangt:

1. Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.
2. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.
3. Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.

Die Initiative schreibt keinen Betrag fest. Doch in ihren Präsentationen und im Begleitbuch sprechen die Initianten von einem Grundeinkommen von 2500 Franken für eine erwachsene Person und 625 für jedes Kind und jeden Jugendlichen. Damit sei in der Schweiz ein «menschenwürdiges Dasein» möglich.

MOTIVE VON BEFÜRWORTERN UND GEGNERN

Von Seiten der Befürworter des Projekts geht es um die Realisierung der Vision eines selbstbestimmten Lebens, von der Befreiung aus entfremdenden und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Ein Grundeinkommen fördert die bessere Aus- und Weiterbildung, die teilweise durch finanzielle Zwänge verhindert wird. Gemeinnützige Engagements würden erleichtert, da idealistisch motivierte Menschen nicht am Hungertuch nagen müssen. Schliesslich hätten auch Jungunternehmer mehr Zeit, da eine Innovation nicht sofort finanziell einträglich sein müsste und man weniger abhängig wäre von Banken.

Auf Seiten der Gegner spricht man von einer gefährlichen und nicht finanzierbaren Utopie. «Wer soll das bezahlen?», wird gefragt. Die Initianten schlagen eine Finanzierung durch abgeschöpfte

Einkommen, den Ersatz bisheriger Sozialleistungen und eine moderate Steuererhöhung vor. Für die Gegner geht die Rechnung nicht auf, da sie die Wirtschaft schrumpfen sehen. Das liegt an einem anderen Menschenbild. Demnach würde das Grundeinkommen nicht zu mehr Aktivitäten führen, sondern die Menschen faul machen. Auch linke Ökonomen fürchten, gerade junge Erwachsene wären wenig motiviert, sich gut auszubilden.

AUSBLICK

Die Debatte um das Grundeinkommen erlaubt es, über die Grundlagen eines selbstbestimmten Lebens sowie den Wert von Arbeit zu diskutieren. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre eine revolutionäre Veränderung. Ist das BGE eine Antwort auf die zunehmende Automatisierung unserer Wirtschaft? Oder eine gefährliche Vision, da es die heute bestehenden Absicherungen für Nichterwerbstätige in Frage stellt? Auf den folgenden Seiten stellen wir die Argumente von zwei engagierten Grünen einander gegenüber.

Raffael Fischer, Co-Präsident Grüne Luzern



SCHWERPUNKT: GRUNDEINKOMMEN

DAS GRUNDEINKOMMEN ALS STÄRKSTE UND MUTIGSTE GESELLSCHAFTLICHE VISION

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist eine Idee, die sämtliche politische Projekte der letzten Jahrzehnte in Grösse und Stärke hinter sich lässt. Wagen wir uns an die gesellschaftliche Vision?

Kein politischer Text fordert mich so sehr wie dieser. Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens ist derart gross, umfassend und stark, dass ich sie fast nicht in Worte ummünzen kann. Natürlich werde ich euch hier politische Argumente liefern. Aber vor allem will ich euch zwei grosse Fragen stellen.

Auf das Grundeinkommen muss man sich einlassen, die Idee muss man erst denken können. Deshalb bitte ich euch, euch auf die erste Frage einzulassen: Was würdest du arbeiten, wenn für dein Einkommen gesorgt wäre?

Das Grundeinkommen ist ein simples finanzpolitisches Mittel mit riesiger Wirkung. Ich versuche mich an einer Aufzählung:

Das Grundeinkommen ist sozial, weil es jeden Menschen gegen Existenzangst absichert. Es schafft Chancengleichheit.

Das Grundeinkommen ist liberal, weil es bedingungslos ist und allen den gleichen Start ermöglicht.

Das Grundeinkommen ist demokratisch, weil es von allen für alle ist. Es schafft die Grundlage für eine souveräne Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Das Grundeinkommen ist emanzipatorisch, weil es den einzelnen Menschen ermächtigt und Selbstbestimmung fördert. Es ermöglicht Chancengleichheit zwischen allen Gesellschaftsgruppen.

Das Grundeinkommen ist simpel und effizient, weil es die meisten Sozialwerke mit einem nicht-diskriminierenden Mechanismus ersetzt.

Das Grundeinkommen ist modern, weil es die humanistische Antwort ist auf die Technologisierung von Arbeitsabläufen.

Argumente für ein Bedingungsloses Grundeinkommen gibt es genug. Doch eigentlich läuft es auf nur eine Frage hinaus: Wagst du es?

Wagen wir es, mit dem Leistungsgedanken der letzten Jahrhunderte zu brechen? Wagen wir es, anderen Menschen bedingungslos etwas zuzugestehen? Wagen wir es, unsere Gesellschaftsstrukturen in ihren Grundsätzen zu verändern?

Irina Studhalter, März 2016



SCHWERPUNKT: GRUNDEINKOMMEN

WICHTIGE DEBATTE - GEFÄHRLICHE LÜCKE!

Es ist falsch, das Grundeinkommen einfach als dumme Utopie zu kritisieren, finde ich: den Grünen trat ich 1991 bei, weil das garantierte Mindesteinkommen damals als Forderung im Programm der Grünen Kanton Zürich stand. Immer wieder befasste ich mich seither mit dem Thema. Und lernte Kritiken kennen, die ernst zu nehmen sind.

Kritik eins: als linke Grüne müssen wir nicht nur für die Befreiung von der Erwerbsarbeit eintreten. Sondern ebenso für die Befreiung in der Erwerbsarbeit. Mitsprache, faire Löhne und korrekte Arbeitsbedingungen. Die InitiantInnen mögen sich verteidigen, das hätte in ihrer Initiative nicht auch noch Platz gehabt. Es fehlt aber auch in ihrer Debatte.

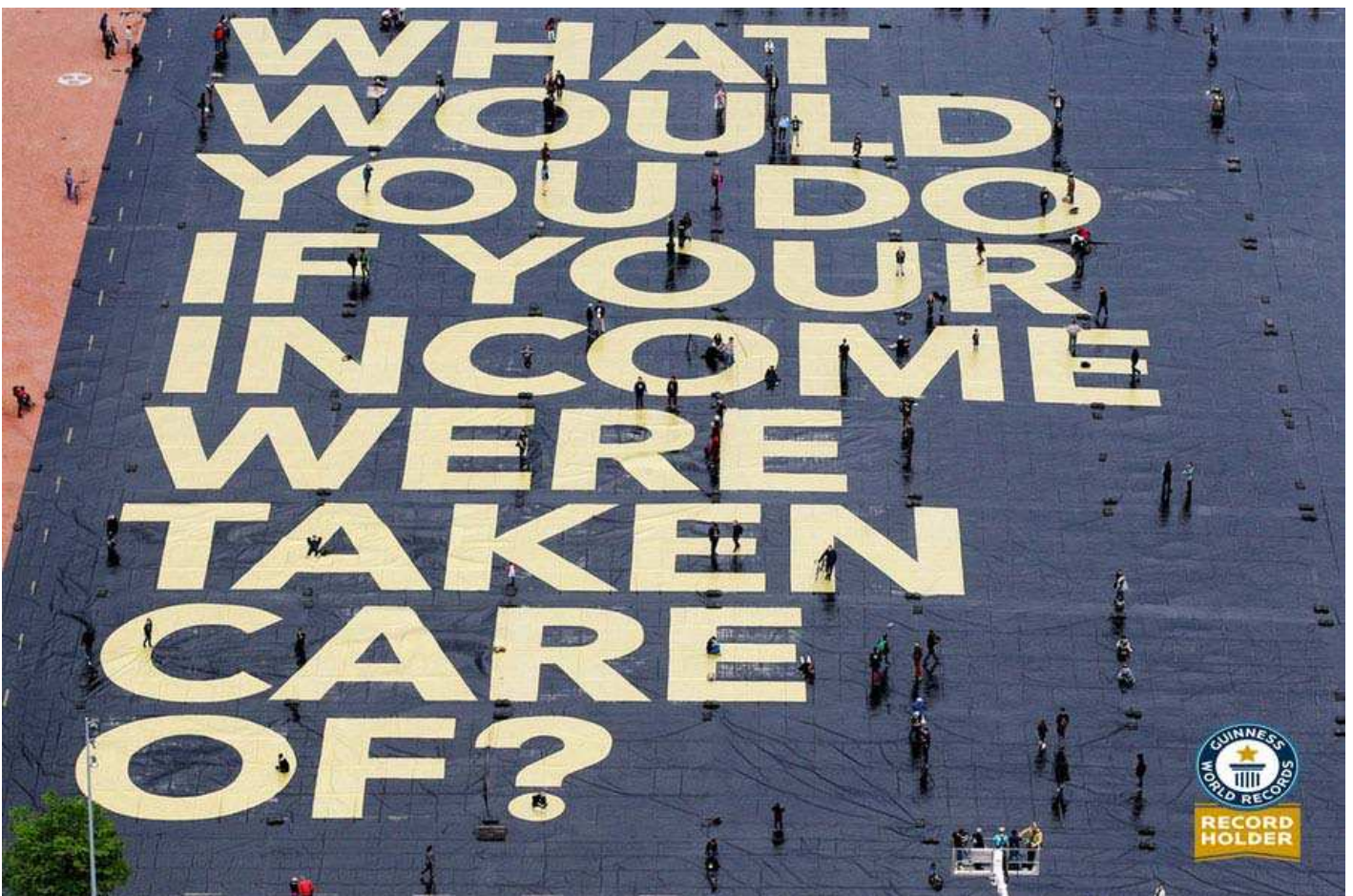
GRUNDEINKOMMEN EIN NEOLIBERALES PROJEKT?

Kritik zwei: das bedingungslose Grundeinkommen hat ein Janusgesicht. Es kann ein emanzipatorisches Projekt sein, das Menschen vom Erwerbsarbeitszwang befreit. Und wichtige gesellschaftliche Arbeit entschädigt, welche heute nicht entlohnt wird. Aber es kann auch ein brutal neoliberales Projekt sein. Wenn es die «Freistellung» vieler Menschen aus einer anständigen

Erwerbsarbeit politisch und gesellschaftlich mehrheitsfähig macht – und so eine Wirtschaft stützt, die mit einer tendenziell abnehmenden Zahl von Angestellten immer mehr Gewinne für immer weniger Gewinner produziert. Es ist sprechend, dass einer der ersten, der ein Grundeinkommen vorgeschlagen hat, der rechte Wirtschaftstheoretiker Milton Friedman war, Vordenker der Neoliberalen und Promotor des «Nachtwächterstaats».

Nur wer im Verfassungstext auch die Methode zur Finanzierung des Grundeinkommens definiert, entgeht der Gefahr, dass statt der Befreiung des Einzelnen plötzlich ein massives Wirtschafts-Entlastungsprogramm resultiert. Eine solche Festlegung fehlt schmerzlich. Die Befürworter gehen sogar so weit, uns vorzurechnen, dass das Grundeinkommen bezahlbar sei, weil es schlicht von den Löhnen abgezogen würde. Das heisst aber: Weiterhin Arbeitszwang – einfach zu Billigstlöhnen. Und massivste indirekte Lohnsubventionen durch den Staat. Das ist nicht die linke Befreiung der Menschen und die fairere Aufteilung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts, von der ich (immer noch) träume.

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne



MILCHKUH-INITIATIVE

ES IST GENUG MILCH FÜR ALLE DA!

Die Auto-Lobby will dem Bund Geld wegnehmen und die Strassenkässeli weiter füllen. Nur: Dort hats schon genug Geld drin.

Heute geht die Hälfte der Mineralölsteuererträge in die Bundeskasse, die andere Hälfte wird für Unterhalt und Neubau von Strassen eingesetzt. Die Initiative kommt vom Automobilgewerbe und wird unterstützt von TCS und ACS. Sie verlangt eine Zweckbindung der Gelder, die aus dem Autoverkehr in die Bundeskasse fliessen. Im Nationalrat wurde sie deutlich abgelehnt. Die SVP allerdings war dafür, die FDP gespalten.

Trotz dem klaren Resultate im Parlament ist die Initiative gefährlich. Mit dem Slogan, die Automobilisten seien die die Milchkühe der Nation und müssten immer mehr bezahlen, wird in populistischer Manier an die vielen Autofahrerinnen und Autofahrer in unserem Land appelliert. Es braucht eine starke Gegenkampagne, denn die Auswirkungen einer Annahme wären fatal.

NOCH MEHR SPARDRUCK

Wird die Initiative angenommen, so fehlen der Bundeskasse in Zukunft 1.5 Milliarden Franken – und dies jedes Jahr. Der Bund plant eh schon ein «Stabilisierungsprogramm» mit Kürzungen beim Personal, bei der internationalen Zusammenarbeit, Bildung und Forschung und

weiteren 22 Bereichen. Welche Auswirkungen dies auf unseren Kanton und sein «Konsolidierungsprogramm» hat, werden wir noch erfahren. Klar ist: Ein weiteres 1.5 Milliarden-Loch können weder der Bund noch die Kantone vertragen.

NOCH MEHR STRASSEN

Im Gegenzug steigen die zweckgebundenen Mittel für den Strassenbau. Das heisst konkret: Einen weiteren Ausbau unserer Strasseninfrastruktur, weitere Ausbauten von Autobahnen auf sechs Spuren und andere Projekte, welche letztlich den öffentlichen Verkehr konkurrenzieren und unserem Ziel einer möglichst umweltschonenden Mobilität komplett widersprechen.

GEJAMMER AUF HOHEM NIVEAU

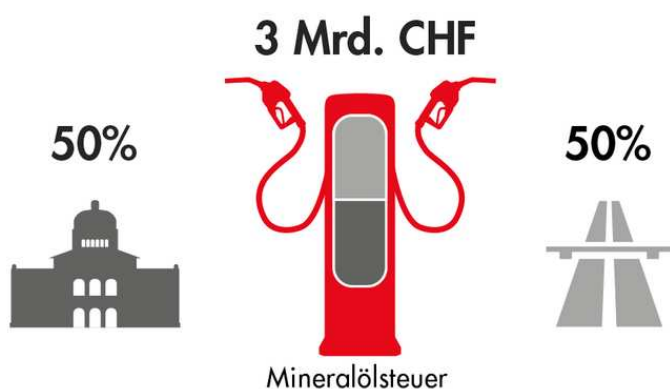
Das Bild der ausgenutzten Automobilistinnen und Automobilisten ist völlig verquer. Seit Jahren haben die Treibstoffzölle, der Zuschlag und die Vignette nicht mehr aufgeschlagen. Der Strassenbau ist auch nicht ein Bereich, der in den letzten Jahren unter die Räder gekommen wäre. Die heutige Verteilung der Gelder, oder der Milch dieser wohlgenährten Kühe, ist richtig und es bedarf keiner Änderung.

Michael Töngi
Präsident VCS Luzern

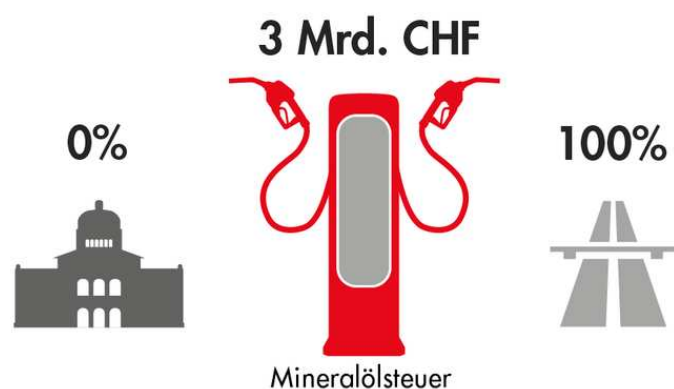
Milchkuh-Initiative

NEIN

Heute



nach angenommener Initiative



PRÄIMPLANTATIONS DIAGNOSTIK (PID)

SCHWIERIGE ETHISCHE ABWÄGUNG

2015 stimmte die Schweiz einer Verfassungsänderung zu, die künftig die Präimplantationsdiagnostik (PID) erlaubt. Mit PID können künstlich befruchtete Embryonen im Reagenzglas auf vererbare Merkmale untersucht werden. Die Grenzen sind im Fortpflanzungsmedizinengesetz festgelegt.

Der Bundesrat fasste das Gesetz relativ eng, PID wäre Paaren mit schweren Erbkrankheiten vorbehalten geblieben. Doch das Parlament weitete die Möglichkeiten aus:

- PID wäre unabhängig von einem bekannten Risiko möglich.
- Pro Behandlung dürften zwölf Embryonen entwickelt werden. Heute sind es drei, der Bundesrat beantragte acht.
- Überzählige Embryonen dürften eingefroren aufbewahrt werden.

Der direkte Vergleich von PID mit Pränataldiagnostik (PND) ist problematisch. Bei PND entscheiden die Schwangeren bzw. die Eltern über den genetischen Test und ziehen die Konsequenzen aus dem Ergebnis. Bei PID kann der Entscheid aus Distanz gefällt und Spezialisten überlassen werden.

Diese ethische Frage spaltete die Fraktion der Grünen. Ich stimmte mit einer knappen Mehrheit gegen das Gesetz, auch um weitergehende Begehrlichkeiten abzublocken.

Louis Schelbert, Nationalrat

Referendum «Änderung Fortpflanzungsmedizinengesetz»

NEIN

INITIATIVE «PRO SERVICE PUBLIC»

EINE IDEE SCHLECHT UMGESETZT

Die Initiative «Pro Service Public», lanciert von der DokumentInnen-Zeitschrift «K-tipp» strebt Vernünftiges an, Zugang zum Service Public in der ganzen Schweiz und damit auch in den Randregionen. Und sie beklagt zu recht, dass aus Rentabilitätsgründen zu viele Angebote eingestellt oder gekürzt wurden.

Schön ist auch das Versprechen: Günstige Preise und eine Lohnobergrenze für die Chefs von SBB, Post und Swisscom. Aber die Initiative wählt einen falschen Weg. Zwar ist gegen einen Lohndeckel für die Bestverdienenden nichts einzuwenden. Die Initiative verbietet aber auch Gewinne und Quersubventionierungen.

Nur: Solange Bundesunternehmen wie Swisscom, Post oder SBB verselbständigte Unternehmen sind, brauchen sie in ihrem Kerngebiet unternehmerische Freiheiten. Und das heisst auch, dass sie in einzelnen Geschäftsfeldern Gewinne machen können. Sie brauchen Eigenkapital und Reserven, damit sie bei Bedarf Investitionen stemmen können.

Problematisch auch: Die Initiative will Quersubventionierungen verbieten. Damit würde die Grundversorgung markant geschwächt. Quersubventionierung heisst im Klartext, dass die rentablen Angebote in den Zentren die unrentablen in den Randregionen mitfinanzieren, also etwa eine Poststelle in Zürich eine Poststelle in einem Bündner Bergtal. Es ist nicht anderes als eine landesinterne Umverteilung zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Regionen in der Schweiz. Und dagegen ist nichts einzuwenden.

Fazit: Die Annahme der Initiative wäre ein Bumerang für die Randregionen.

Deshalb NEIN zur Volksinitiative «Pro Service public»

Hans Stutz, Kantonsrat Grüne

Initiative «Pro Service Public»

NEIN

ABSTIMMUNG ASYLGESETZREVISION

SINNVOLLE BESCHLEUNIGUNG DES ASYLVERFAHRENS?

Am 5. Juni kommt die Asylgesetzrevision zur Abstimmung. Der Gesetzestext wurde im Herbst 2015 vom Parlament verabschiedet. Obwohl die SVP in diesem Kompromiss berücksichtigt wurde, ergriff die Volkspartei das Referendum. Hauptinhalt dieser Revision stellt ein weiteres Mal die Beschleunigung der Asylverfahren dar. Jegliche Gesuche sollten zukünftig innerhalb von 140 Tagen abgewickelt sein. Um diese beschleunigten Verfahren trotzdem rechtmässig abwickeln zu können, sollen Asylsuchende in Bundeszentren leben, betreut und befragt werden.

Die Asylgesetzrevision spaltet die Parteien. Asylsuchende sollen laut SVP kein Recht auf die sogenannten «Gratisanwälte» haben. Hingegen wird die SP, die Grünen sowie NGO's wie Solidarité sans Frontières die Asylgesetzrevision zähneknirschend annehmen und aus Pragmatismus Ja stimmen, da man sich für beschleunigte Asylverfahren aussprechen will und eine noch striktere Reform aufgrund des Rechtsrutsches im Parlament fürchtet. Man ist sich aber bewusst, dass die Asylgesetzrevision eine Verschärfung darstellen wird.

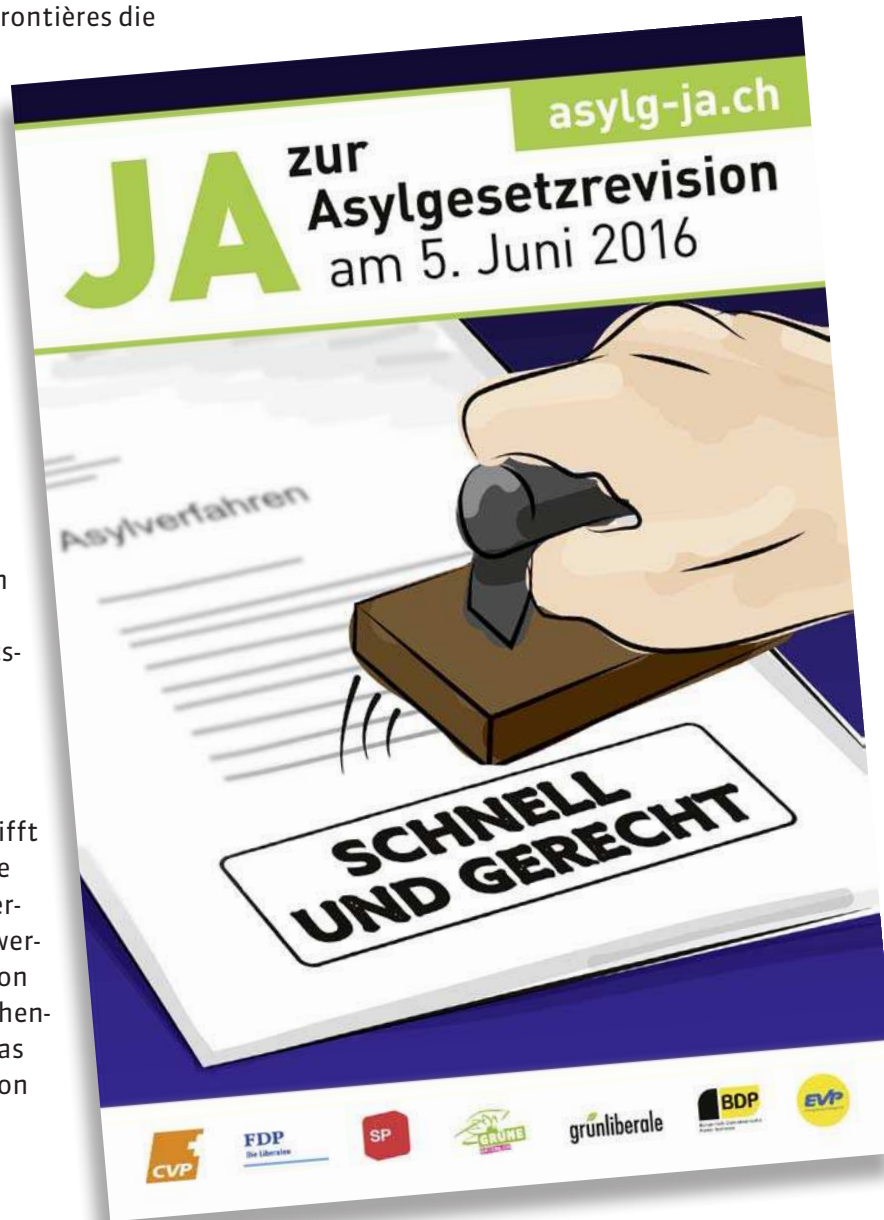
Die Jungen Grünen Schweiz stehen der Revision sehr kritisch gegenüber, haben jedoch noch keine Parole beschlossen. Bedenklich sind vor allem die nicht unabhängigen Rechtsbeistände. Auch die demokratischen JuristInnen sprechen sich klar gegen die Asylgesetzrevision aus. Besonders bedenklich finden sie, dass Rechtsbeistände mit Fallpauschalen abgegolten werden sollten und somit keinen Anreiz hätten, Rekurse einzureichen. Der zweite Grund, weshalb sich die Jungen Grünen gegen die Asylgesetzrevision halten, betrifft die Unterbringung der Asylsuchenden. Die Asylsuchenden sollen während des Asylverfahrens hinter Stacheldraht verfrachtet werden. Ausserdem wird die Asylgesetzrevision auch die Abschiebung von Dublin-Asylsuchenden aus Kriegsgebieten beschleunigen, was angesichts der dort herrschenden Situation nicht zumutbar ist.

Abschliessend möchte ich noch festhalten, dass die Jungen Grünen nicht an der Seite der SVP gegen die Gesetzesrevision kämpfen werden. Die Jungen Grünen Schweiz vertreten eine globale Sichtweise auf das Thema Asyl. Die Asyldebatte muss wieder auf den wesentlichen Punkt zurückfinden: Wie kann die Schweiz möglichst viel Leid mindern?

Judith Schmutz, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Referendum «Änderung Asylgesetz»

JA





WE PROUDLY PRESENT JUDITH SCHMUTZ

Ende Januar wählte die Mitgliederversammlung der Jungen Grünen Schweiz ein neues Präsidium. Wir Luzerner_innen sind ganz besonders stolz, dass mit Judith Schmutz eine Co-Präsidentin aus den eigenen Reihen kommt.

Es war der erste Freitag im 2015, als ich Judith kennenlernte. Die Jungen Grünen Kt. Luzern hatten Mitgliederversammlung, das grösste Traktandum waren die bevorstehenden Kantonsratswahlen. Wenn ich mich richtig erinnerte, mussten am Montag drauf die Kandidierenden-Listen eingereicht werden. Spontan wie wir Jungen halt sind, fragte ich Judith, ob sie auch auf die Liste kommt. „Klar“, meinte sie.

„Wir haben genug Lebensmittel für alle auf der Welt, aber wir schaffen es nicht, sie fair zu verteilen. Stattdessen werfen wir hier 1/3 weg, während andere verhungern“, stört sich Judith. Sie sei sehr bürgerlich aufgewachsen und habe gemerkt, dass ihr dies nicht entspricht. Sie will sich gegen die Zweiklassengesellschaft wehren, gegen Food Waste und Ressourcenverschwendung.

Noch steckt die 19-Jährige mitten in der Matura. Auch bei ihrer Studienwahl wird ihr Gerechtigkeitsinn deutlich: Im Herbst beginnt sie ein Jus-Studium. Wenn sie sich nicht für die Jungen Grünen engagiert, unterrichtet sie bei der Caritas Deutsch oder denkt im Vorstand des kantonalen Jugendparlaments. Ein solidarisches Miteinander ist ihr wichtig: „Nur gemeinsam kommen wir weiter.“ Entsprechend scheut sie sich nicht, auch mit politischen Gegner_innen an einen Tisch zu sitzen und Lösungen zu finden.

Judith packt an. Eine Sitzung mit ihr ist strukturiert und effizient. Ihr gefallen nicht nur strategische oder Kampagnen-Arbeiten, sie packt auch bei den simplen No-Brainer-Jobs an. Der blonden Wuschelkopf wird bestimmt bei vielen Gelegenheiten anzutreffen sein.



SCHLECHTE FINANZLAGE DES KANTONS BESTIMMT JEDE VORLAGE

Die Stimmung im Kantonsrat war geprägt vom nächsten Sparpaket 2017 bis 2019. Offiziell durfte man nichts verlauten lassen, denn die Pressekonferenz des Regierungsrates fand erst nach der Session statt, an welcher die Eckpfeiler der Massnahmen und die einzusparende Summe von gut 330 Millionen Franken, immerhin 10% der aktuellen Budgetsumme, präsentiert wurden. Die Finanzen des Kantons sind seit Jahren in Schieflage. Die letzte Steuergesetzrevision, welche die Halbierung der Gewinnsteuer für Unternehmen festlegte und die Streichung der Liegenschaftssteuer liessen Lücken zurück. Der nationale Finanzausgleich ist deshalb gekürzt worden. Die Mehrausgaben auf Grund des Bevölkerungswachstums und neuen Aufgaben von Bund und Kanton beschlossen sind nicht finanzierbar.

So wurde auch in der zweiten Beratung der Revision des Volksschulbildungsgesetzes die **frühe Sprachförderung für fremdsprachige Kinder** heftig diskutiert. Die FDP stellte einen Streichungsantrag. Die Mehrheit wollte aber diese Strukturen schaffen, damit nicht nur fremdsprachige Kinder, sondern auch ihre KlassenkameradInnen und LehrerInnen von deren guten sprachlichen Grundlagen bereits beim Eintritt in die Primarschule profitieren. Die Gemeinden können diese nun bei Bedarf anbieten und werden vom Kanton finanziell mitunterstützt.

Keine Chance hatte die Initiative der SVP, welche **für jede Steuererhöhung zwingend eine Volksabstimmung** fordert. Aktuell unterliegt der Beschluss des Kantonsrates, eine Staatssteuer von mehr als 1,60 Einheiten zu beziehen, dem fakultativen Referendum. Dies wollen alle Parteien ausser der SVP so beibehalten. Die Steuern müssen sowieso immer im Zusammenhang mit dem Budget, den Aufgaben, Leistungen und Strukturen diskutiert werden. Eine isolierte Betrachtung ist eigentlich nicht möglich. Die Forderung von uns Grünen einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, welcher das Budget als gesamtes dem fakultativen Referendum unterstellt, fand keine Mehrheit.

Intensiv diskutiert und überwiesen wurde der **Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung**. Einen grossen Teil der Massnahmen aus der Planung von

2005 wurde realisiert doch andere stehen nach wie vor am genau gleichen Ort wie vor 10 Jahren. So hatte die damalige Bemerkung des Grossen Rates «die Planung und Umsetzung für die Erweiterung des Kinderspitals und die Errichtung einer kinderpsychiatrischer Therapiestation sind unverzüglich in die Hand zu nehmen», kaum Gewicht und auch heute eine hohe Aktualität, da das Kinderspital eine miserable bauliche Substanz hat, aber eine Sanierung um viele Jahre hinausgeschoben wird. Weitere Herausforderungen sind der Personalmangel in Medizin und Pflege. Bemängelt am Bericht wurden der fehlende Ausbau der Prävention und die Nichterwähnung der Naturheilkunde, obwohl über 80% aller Krankenversicherten eine Zusatzversicherung für Naturheilkunde abgeschlossen haben.

Da die Wirtschaftskriminalität seit 2010 um über einen Drittel angestiegen ist, hat der Kantonsrat im letzten Jahr beschlossen eine neue Abteilung für Wirtschaftsdelikte in der Staatsanwaltschaft aufzubauen. Eine Massnahme, die wie im ersten Abschnitt beschrieben zu berechtigten Mehrkosten führt. Am Montag sind nun **fünf neue StaatsanwältInnen** gewählt und vereidigt worden.

Von den Vorstössen am meisten zu diskutieren gab die Motion der Grünen zur Abschaffung der schwarzen Liste für säumige Krankenkassenprämienzahler. Obwohl seit vier Jahren eingeführt verfehlt sie ihre Wirkung. Die Zahl der Aufgeführten steigt laufend. Die präventive Wirkung bleibt aus. Dies lässt eigentlich nur eine Schlussfolgerung zu: auf der Liste sind in erster Linie zahlungsunfähige, nicht zahlungsunwillige Personen. Der Kantonsrat hat die Abschaffung zwar abgelehnt, doch der Regierungsrat geht über die Bücher und wird Personen mit Verlustscheine und kürzlich volljährig gewordene junge Leute, deren Eltern die Prämien nicht bezahlt haben, von der Liste streichen lassen. Auch Gemeinden sollen die Listen in Zukunft genauer ansehen und Personen, die eigentlich Ergänzungsleistungen oder wirtschaftliche Sozialhilfe zu Gute haben, entsprechend unterstützen.

Monique Frey, Fraktionspräsidentin, Kantonsrätin Emmen

WECHSEL IN DER KANTONSRATSFRAKTION

AUF WIEDERSEHEN MICHÈLE, HERZLICH WILLKOMMEN ALI



Michèle Bucher ist im Jahr 2013 als Nachfolgerin von Alain Greter für die Grünen in den Kantonsrat nachgerückt. Dank ihres juristischen Fachwissens konnte die Grüne Fraktion enorm von ihrer Mitarbeit profitieren. Jetzt ist Michèle Bucher zu neuen Ufern aufgebrochen. Sie wird ab dem 1. Mai 2016 als Verantwortliche des Rechtsdienstes der Staatskanzlei und stellvertretende Staatsschreiberin des Kantons Luzern wirken. Aus diesem Grund musste sie aus dem Kantonsrat zurücktreten. Ich möchte Michèle für ihr strukturiertes Mitdenken, engagiertes Mitdiskutieren und ihre klaren Voten herzlich danken. Ich bin froh, dass unsere neue Rechtskonsultantin beim Kanton auch die Seite von uns ParlamentarierInnen kennt und weiss mit welchen Kapazitäten wir unsere Arbeit erledigen müssen. Für ihren neuen Job wünsche ich ihr alles Gute und auch die nötige Gelassenheit beim Umgang mit unseren bürgerlichen SparpolitikerInnen.

Für die Grüne Fraktion ist am 14. März Ali R. Celik (64) vor dem Kantonsrat vereidigt worden. Er ist 1985 als Asylbewerber aus der Türkei in die Schweiz geflüchtet. Als anerkannter Flüchtling arbeitete er zehn Jahre als Maler und zwei Jahre in der AIDS-Prävention im Kanton Luzern. Während dieser Zeit studierte er berufsbe-



gleitend Soziale Arbeit und anschliessend Soziologe mit Geschichte und Philosophie im Nebenfach. Seit 18 Jahren ist er nun als Sozialarbeiter u.a. für die berufliche, sprachliche und soziokulturelle Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen im Asylbereich tätig.

Als politischer Mensch - er war bereits in der Türkei viereinhalb Jahre Gemeindevorsteher - war für ihn klar, dass er sich auch in der Schweiz aktiv einbringen und in der Politik mitgestalten will. Er war ab 2002 acht Jahre Vorstandsmitglied der Grünen Kanton Luzern und sieben Jahre Mitglied der Integrationskommission der Stadt Luzern. Nach einem zehn Jahre dauernden Einbürgerungsverfahren wurde er 2007 Schweizer Bürger. Ali R. Celik politisiert seit fünf Jahren für die Grünen im Grossstadtrat und ist dort Mitglied der Sozialkommission der Stadt Luzern. Er freut sich auf die spannende neue Arbeit im Kantonsrat und wird sich mit Elan für den Kanton Luzern, die Bevölkerung und die (Kultur-)Landschaft einsetzen. Unsere Fraktion freut sich auf die neuen Impulse, die Ali einbringen wird.

KOMMUNALWAHLEN

GRÜNE GEWINNEN!

Die Grünen konnten am 1. Mai bei den meisten Kommunalwahlen gewinnen. Insbesondere in der Stadt und Agglomeration wurden Stimmanteile gewonnen. Mit den sehr gut wiedergewählten Exekutivmitgliedern Adrian Borgula als Stadtrat in Luzern und Cyrill Wiget als Gemeinderpräsident in Kriens war dies ein äusserst erfolgreicher Wahlsonntag.

Ein kurzer Überblick über die Resultate in den Parlements Gemeinden:

STADT LUZERN

In der Stadt Luzern konnte der Stimmanteil der Grünen leicht ausgebaut werden. Zu einem Sitzgewinn reicht es leider nicht. Trotzdem erfreulich auch, dass die Jungen Grünen ihren Sitz verteidigen konnten. Adrian Borgula wurde mit einem Glanzresultat im ersten Wahlgang in seinem Amt bestätigt. Die Bevölkerung bestätigt die klare Linie und konsequente Politik von Adrian in den letzten vier Jahren.

**KRIENS**

Cyrill Wiget wurde mit dem besten Resultat direkt wiedergewählt und auch als Gemeindepräsident von Kriens im Amt bestätigt. Dass die Grünen im um fast 20% kleineren Gemeindeparlament ihre Sitzzahl als einzige grosse Partei halten konnten ist bezeichnend dafür, dass die Grünen mit Inhalten und Köpfen in Kriens punkten können und die Arbeit der Grünen bei der Bevölkerung ankommt.

EMMEN

Nach dem Grosse Erfolg mit der gewonnenen Abstimmung im Februar folgt ein weiteres Highlight aus Grüner Sicht in Emmen. Die Grünen haben einen Sitz im Einwohnerrat gewonnen und konnten erstmals einen Sitz in der Bürgerrechtskommission erobern.

HORW

Unser Horwer Ableger die L20 konnte im 30-Köpfigen Einwohnerrat einen Sitz gewinnen.

ABSTIMMUNG MOBILFUNKANTENNEN

WARUM LEHNEN DIE GRÜNEN IM GROSSSTADTRAT DIE INITIATIVE AB?

Die Schweizerische Umweltschutzgesetzgebung schützt nicht nur die Umwelt, sondern auch die Menschen vor schädlichen Beeinträchtigungen. Der schweizerische Grenzwert für eine Mobilfunkantenne ist sehr streng, er ist 10 mal tiefer als die Grenzwerte welche die Weltgesundheitsorganisation WHO und die Internationale Strahlenschutzkommission empfehlen und berücksichtigt damit so auch heute nicht abschätzbare Risiken.

Mit technischen Grenzwerten ist die Problematik von Mobilfunkantennen aber nicht getan. Es gibt auch immer eine subjektive Seite, bei der Beeinträchtigung durch eine Quelle. Es geht um psychologische Faktoren. Ein Belästigungs- oder Beeinträchtigungsgefühl wird beeinflusst durch die eigene Einstellung zu einer Quelle, finde ich zB. Smartphones gut und nützlich oder halte ich am Festnetztelefon fest? Vertraue ich den Anlagenbetreibern, dass sie das Mögliche machen, damit ich möglichst wenig stark belastet werde? Befürchte ich eine Wertverminderung meiner Liegenschaft, wenn sie in der Nähe einer Mobilfunkantenne liegt? All diese Faktoren beeinflussen das Belästigungsgefühl durch eine Quelle. Eine Lösung zu finden, die alle diese individuellen Faktoren berücksichtigt ist unmöglich.

Für die Grünen ist der Immissionsschutz wichtig, und wir Grüne wollen auch, dass die Bevölkerung vor negativen Einwirkungen geschützt wird. Das Kaskadenmodell, wie es in der Initiative vorgeschlagen wird, sehen wir aber für eine Stadt mit einem dichten Mobilfunknetz nicht geeignet. Es braucht auch in den Wohnzonen eine Mobilfunkabdeckung. Die Fraktion im Grossstadtrat lehnt die Initiative darum ab.

Zwei Punkte sind uns Grünen in der aktuellen Diskussion und im Umgang mit der Thematik von Mobilfunkantenne aber sehr wichtig. Einerseits wird national diskutiert, die strengen Grenzwerte für Mobilfunkantennen in der Schweiz zu erhöhen. Da setzen sich die Grünen dafür ein, dass der heutige Grenzwert bestehen bleibt. Andererseits muss die Stadt Luzern Baubewilligungsverfahren von Mobilfunkantennen sensibler durchführen. Die Anwohnerinnen und Anwohner sollen informiert und in den Prozess miteinbezogen werden.

Korintha Bärtsch, Fraktionschefin Grossstadtrat

Initiative «Für Ordnung statt Wildwuchs beim Mobilfunk»

FREIGABE

SALLE MODULABLE

In der aktuell laufenden Diskussion zur Salle Modulable ist für uns Grüne die viel thematisierte Standortfrage zwar wichtig. Noch wichtiger ist aber eine öffentliche Diskussion über die Inhalte. Was für ein Theater mit welchen kulturellen Inhalten wünscht die Bevölkerung. Nur so wird die Salle Modulable von der Luzerner Bevölkerung mit getragen.

Wir Grünen erinnern an die vor der KKL-Planung erfolgte breite Vernehmlassung über Inhalte und fehlende Kulturräume. Die gesamte Bevölkerung konnte Stellung beziehen, so dass auch ein gemeinsamer Wille zur Umsetzung entstand. Wir hätten uns eine solche vertiefte, allgemeine Diskussion auch bei diesem Projekt gewünscht.

INHALT

Die bis anhin durch die Stiftung Luzerner Theater geleistete Grundversorgung der Bevölkerung an Performing Arts-Programmen soll beibehalten werden. Eine Auflösung auch einzelner Sparten kommt für die Grünen nicht in Frage. Zu prüfen ist allenfalls eine engere Zusammenarbeit mit anderen traditionellen Stadttheatern wie etwa Bern. Dieses Modell wird beispielsweise von den Städten Biel und Solothurn seit Jahren erfolgreich betrieben.

Die Grünen begrüßen eine gosszügigere Förderung der freien Theaterszene. Zusätzliche Gelder sollen direkt an die Ensembles ausgeschüttet werden. Die Ensembles sollen selbst entscheiden können, ob für sie eine Produktion in der Salle Modulable sinnvoll ist oder nicht. Falls freie Ensembles in der Salle Modulable produzieren wollen, soll diese den Ensembles zu fairen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Eine Durchmischung der Produktionen von der freien Szene und dem Luzerner Theater wird von den Grünen gewünscht. Internationale Produktionen sollen als Ergänzung des bestehenden Theaterbetriebes das kulturelle Leben der Region Luzern bereichern.

STANDORT

Der Standort Inseli Nord kommt für die Grünen kaum in Frage. Das Inseli soll auch weiterhin als Ganzes eine grüne Oase bleiben. Durch die Aufhebung der Carparkplätze soll der beliebte Erholungsraum der Bevölkerung aufgewertet werden. Die Grünen sind überzeugt, dass von den evaluierten Standorten der Schotterplatz bei der Ufschötti für die Stadtentwicklung klar zu favorisieren ist. Schade, dass weitere Standorte, wie etwa der Kasernenplatz nicht in die Evaluation einbezogen wurden.

Die Diskussion zur Salle Modulable werden wir auch bei uns Grünen vertieft führen. Hierzu wird es in den nächsten Wochen noch eine Veranstaltung geben.

Urban Frye, Grossstadtrat Grüne, Luzern

ABSCHIED VOM SEKRETARIAT

TSCHÜSS NADINE! – WEITER IM EINSATZ FÜR DIE GRÜNEN



Ende Mai verlässt Nadine Berthel unser Sekretariat. Ihre Qualitäten und ihr Engagement haben nicht nur uns überzeugt, sondern auch die Grünen Zürich: Nadine wird bei ihnen neue Geschäftsführerin. Für uns ein Verlust, für Zürich ein Gewinn. Wir wünschen Nadine alles Gute und danken für ihr Engagement in unserem Seki-Team.

Katharina Meile, Co-Präsidentin Grüne Luzern

NEU IM SEKRETARIAT

HERZLICH WILLKOMMEN, PHILIPPE!



Wir haben einen neuen politischen Sekretär: Philippe Goeldlin ist ab Mai in unserem Sekretariat anzutreffen und versieht mit Andreas Kappeler die Schnittstelle unserer Partei nach innen und aussen. Philippe verfügt über einen Abschluss in Politik- und Umweltwissenschaften und langjährige Erfahrung in der Projektarbeit. Engagiert setzt er sich für den Naturschutz und den Erhalt von natürlichen Lebensräumen ein, ganz speziell am Herzen liegen ihm Amphibien.

Sein breites Wissen und seine Fähigkeiten bringt er nun bei uns ein, bereichert uns mit vielen Ideen und unterstützt uns tatkräftig. Lieber Philippe, wir freuen uns auf eine engagierte, spannende Zusammenarbeit mit dir – herzlich willkommen!

Katharina Meile, Co-Präsidentin Grüne Luzern

PALAVER ZUM LEHRPLAN 21



Am 18. Januar 2016 fand im Luzerner Maihof-Schulhaus das Palaver zum Thema «Lehrplan 21» statt. Zu Beginn wurden die Teilnehmenden von Urs Grüter, Schulleiter, durch das umgebaute Schulhaus Maihof geführt. Der Augenschein öffnete allen Teilnehmenden den Blick auf das Thema: «Etwas können statt viel wissen müssen». Ja, die Volksschule ist heute anders, als es zu meiner Schulzeit war, so dachten wohl alle der rund 20 BesucherInnen, die sich nach der Führung zum gemeinsamen Palaver zusammenfanden.

Hanni Lötscher, Bildungs- und Sozialwissenschaftlerin, Dozentin an der PH Luzern, verantwortlich für die Weiterbildung zum Lehrplan 21, führte kompetent ins Thema ein. Einige Kernaussagen aus ihrem Denkanstoss:

Lehrpläne sind eine gesellschaftlich akzeptierte Form der Art und Weise, wie in Schulen und Ausbildungen gelernt werden soll. Sie haben die Funktion, Bildung zu legitimieren, zu steuern, sich darin zu orientieren und Innovation zu fördern.

Das Neue am Lehrplan 21 ist die starke Ausrichtung, kompetenzorientiert zu unterrichten und zu lernen. Es wird beschrieben, was Lernende beherrschen und anwenden müssen. Der Fokus liegt weniger bei den Inhalten, dafür mehr bei den Lernprozessen. Das wiederum bedeutet, dass verstärkt auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingegangen wird. Die Rolle der Lehrpersonen verändert sich, WissensvermittlerInnen werden zu Lern-Coaches. Der Lehrplan 21 hilft Lernprozesse zu beobachten, zu verstehen und es wird darauf eingegangen. Evaluationen spielen eine Rolle. Die Methodenorientierung wird kleiner und kurzfristige Stoffpläne sind out. Kompetenzorientierung bedeutet Verknüpfung von Wissen und Können. Das sind langfristige Prozesse. Der Lehrplan 21 rechnet in längeren Zeiträumen für die Anwendung

und die Überprüfung. Die Rede ist von drei Lernzyklen, Basisstufe, 3.-6. Schuljahr, Sekundarstufe.

In der Schweiz sind Lehrpläne der Volksschule einem vertieften Demokratieprozess ausgesetzt. Elternräte, Lehrmeister, Berufsbildungsämter, Lehrervereine, Bildungskommissionen aus Kantonen und Gemeinden beteiligen sich. Alle reden mit, Alle wissen, wie es sein soll, die Meinungsvielfalt ist gross. Es ist anspruchsvoll einen gangbaren Weg zu finden.

Als Chance werden folgende Punkte angesprochen:

- die längeren Zeiträume der Lernprozesse können den dauernden Selektionsblick abmildern,
- Schulteams entwickeln den Unterricht gemeinsam und
- die integrative Förderung kann dadurch unterstützt werden

Als Risiko bezeichnet Hanni Lötscher die Möglichkeit,

- dass die selektiven Momente nicht zurückgefahren werden,
- dass sich Schulteams nicht miteinander auf den Weg machen,
- dass Eltern den Aspirationsdruck auf ihre Kinder nicht zurückfahren.

In der Palaverrunde wurde viel gefragt und mit früher verglichen. Bezweifelt wurde, ob sich Eltern, Lehrpersonen und LehrmeisterInnen auf den Paradigmenwechsel der Kompetenzorientierung einlassen werden. Bedenken gab es zur Frage, ob mit dem Lehrplan 21 die Unterrichtsinhalte beliebig werden und so gemeinsames Kulturgut verschwinden werde.

Das Palaver zum Lehrplan 21 war ein Spiegel unserer Gesellschaft. Alle reden mit beim Thema «Lernen und Lehren».

Agatha Fausch, Palavergruppe

ZUM TOD VON GABY MÜLLER

EINE ÜBERAUS LIEBENSWERTE PERSON IST NICHT MEHR DA



Gaby war nie ein Mensch der lauten Töne und doch kannten sie bei den Grünen fast alle: ganz sicher vom Hören, als Lebenspartnerin unseres Stadtrates Adrian Borgula; vielleicht vom Sehen – zum Beispiel beim Vorbeifahren am Salut, wo sie samstags bei schönem Wetter jeweils mit ihren Freundinnen sass; wieder andere von herzlichen Begegnungen an Veranstaltungen und viele natürlich von engagierten Diskussionen während ihrer politisch aktiven Zeit. Aber alle waren tief betroffen, als Gaby im Jahr 2012 – während Adrians Stadtrat-Wahlkampf – eine Hirnblutung erlitt, von der sie sich langsam erholte. Es war jedes Mal berührend, ihr in den letzten Jahren zu begegnen und zu sehen, wie es ihr dank ihres bewundernswerten Lebensmutes zunehmend besser ging.

Umso grösser ist die Betroffenheit jetzt, wo sie nach einer zweiten Hirnblutung Ende April nicht mehr da ist. Eine feinfühlige, interessierte und kluge Frau fehlt. Wir vermissen sie.

Wir behalten sie in guter Erinnerung als engagierte und kritische Grossrätin, welche die grüne Stimme von 1997 bis 2005, ab 2000 als Fraktionspräsidentin, vertrat. Als Juristin war sie jeder Polemik abgeneigt und hat den Rechtsstaat verteidigt. So zum Beispiel 2003 als sie gegen die Standesinitiative «Einbürgerungen durchs Volk» argumentierte. Mitte 2005 wurde Gaby persönliche Mitarbeiterin der damaligen Regierungsrätin Yvonne Schärli und trat deshalb von allen politischen Ämtern zurück. In den letzten beiden Jahren arbeitete sie erneut in der Sicherheitsdirektion. Ihre Kompetenz in sachlichen Fragen wie auch in der persönlichen Zusammenarbeit wurde sowohl dort, wie auch in der Aufsichtskommission der IV-Stelle ausserordentlich geschätzt. Mit ihrer ruhigen aber auch humorvollen Art war sie ein wertvolles und liebenswürdiges Mitglied in der Politik, in Gremien und Behörden und natürlich im Freundes- und Familienkreis.

Wir wünschen Adrian, dass ihm das Netz seiner Familie und seiner Freunde in dieser schweren und schwierigen Zeit Halt gibt. Wir Grünen unterstützen Adrian, wo immer wir können.

Für den Vorstand der Grüne Kanton Luzern, Edith Lanfranconi

AGENDA



JUNI 2016

So, 05.06.2016

Abstimmungssonntag

Di, 14.06.2016

städtische Vorstandssitzung

Mi, 15.06.2016, 19:30 Uhr, Hochschule Luzern, Raum 132

Mitgliederversammlung Grüne Kanton

Mo, 20.06.2016, 19:00 Uhr, Sekretariat Grüne Luzern

kantonale Vorstandssitzung

AUGUST 2016

Sa, 20.08.2016, Fribourg

Delegiertenversammlung Grüne Schweiz

Mo, 22.08.2016, 19:00 Uhr, Sekretariat Grüne Luzern

kantonale Vorstandssitzung

Sa, 27.08.2016

Stand am Industriestrassefest

PAROLEN

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

Volksinitiative «Pro Service Public»	NEIN
Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»	JA
Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuh-Initiative)	NEIN
Referendum «Änderung Fortpflanzungsmedizingesetz»	NEIN
Referendum «Änderung Asylgesetz»	JA

STÄDTISCHE VORLAGEN LUZERN

2. Wahlgang Stadtrat:

Stadtpräsident	Beat Züsli
Stadträtin	Manuela Jost
Initiative «Für Ordnung statt Wildwuchs beim Mobilfunk»	FREIGABE